

An die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Abteilung Infrastruktur

01054 Dresden

Kundennummer

Programmjahr

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.

Antrag im Bund-Länder-Programm KSP zur
Förderung des Kooperationsprozesses

1. Antragsteller

1.1 Hauptantragstellende Gemeinde

Stadt | Gemeinde

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Landkreis

Bankverbindung

Kontoinhaber

IBAN (Eingabe ohne Leerzeichen)

Bearbeiter | Ansprechpartner

E-Mail

Telefon

Fax

BIC

Institut/Bank

1.2 Kooperierende Partnergemeinden

1.2.1 Partnergemeinde

Stadt | Gemeinde

Straße, Hausnummer

Bearbeiter(in)

Telefon

PLZ Ort

1.2.2 Partnergemeinde

Stadt | Gemeinde

Straße, Hausnummer

Bearbeiter(in)

Telefon

PLZ Ort

1.2.3 Partnergemeinde

Stadt Gemeinde

Straße, Hausnummer

Bearbeiter(in)

Telefon

PLZ Ort

1.2.4 Partnergemeinde

Stadt Gemeinde

Straße, Hausnummer

Bearbeiter(in)

Telefon

PLZ Ort

2. Angaben zum Kooperationsprozess

2.1 Geplanter Durchführungszeitraum des Kooperationsprozesses

geplanter Durchführungszeitraum Beginn (TT.MM.JJJJ)
--

geplanter Durchführungszeitraum Ende (TT.MM.JJJJ)
--

2.2 Beschreibung des inhaltlich offenen Kooperationsprozesses

Warum wollen Sie mit anderen Gemeinden kooperieren? Welche Themen sollen dabei behandelt werden? Was soll erreicht werden?
(wenn Platz nicht ausreicht, bitte Anlage beifügen)

2.3 Bestehende Kooperationen mit Nachbargemeinden (unabhängig vom geplanten Kooperationsprozess)

Kooperationen mit (bitte Gemeinden aufzählen)

besteht bereits im Rahmen der bestehenden KSP-Förderung

2.4 Städtebauliche Gesamtkonzeption / Gesamtstädtische Teilkonzepte (Fachkonzepte)

Folgende Konzepte werden als Basis genutzt. Städtebauliche Konzepte (InSEK, SEKO) und Fachkonzepte (z.B. LES, SUK, RAK, REK) bitte mit Beschlussdatum benennen:

--	--

3. Finanzierungsplan

3.1 Ausgaben

	Betrag (in €)
Ausgaben für die Antragstellung (Vorbereitung)	<input style="width: 100%;" type="text"/>
Ausgaben für den Kooperationsprozess	<input style="width: 100%;" type="text"/>
Gesamtausgaben	<input style="width: 100%;" type="text"/>

3.2 Finanzierung

	Betrag (in €)	
Zuwendung Bund/Land	<input style="width: 100%;" type="text"/>	66 2/3 der förderfähigen Ausgaben
teilweise Übernahme des Eigenanteils durch den Freistaat	<input style="width: 100%;" type="text"/>	23 1/3 der förderfähigen Ausgaben
kommunaler Eigenanteil	<input style="width: 100%;" type="text"/>	mindestens 10 Prozent der förderfähigen Ausgaben
kommunaler Eigenanteil - Anteil Antragsteller	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
kommunaler Eigenanteil - Anteil kooperierende Gemeinde (1)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
kommunaler Eigenanteil - Anteil kooperierende Gemeinde (2)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
kommunaler Eigenanteil - Anteil kooperierende Gemeinde (3)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
kommunaler Eigenanteil - Anteil kooperierende Gemeinde (4)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
Summe Finanzierungsmittel	<input style="width: 100%;" type="text"/>	

Hinweis:
Die finanzielle Beteiligung der kooperierenden Gemeinden ist Voraussetzung für die Förderung. Dabei ist es nicht erforderlich, dass der kommunale Eigenanteil gleichmäßig auf alle Kooperationspartner verteilt wird.

3.3 Beantragte Zuwendung im Programmjahr

	Jahr	Betrag (in €)
benötigte Finanzhilfe im Programmjahr	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>
davon im Haushaltsjahr (KM)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>
im Haushaltsjahr (VE)	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>

4. Unterlagen

Die nachfolgend aufgeführten Unterlagen sind abweichend von der Bekanntmachung des SMI vom 29.11.2017 Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendung. Sie sind diesem Antrag beizufügen.

Unvollständige Angaben in den Antragsunterlagen können zu einer Nichtberücksichtigung des Antrags führen.

- Absichtserklärung der beteiligten Gemeinden und jeweiliger Gemeinderatsbeschluss
- Erklärung jeder beteiligten Gemeinde zur Übernahme des jeweils unter Nr. 3.2 ausgewiesenen Eigenanteils (Inhalt gemäß Nr. 5.3)
- Begleitinformation (in elektronischer Form übermittelt)

5. Erklärungen des Antragstellers und Hinweise

5.1 Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben

Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben. Dem Antragsteller ist bekannt, dass falsche Angaben den Widerruf der Zuwendung und die Rückerstattung bereits ausgezahlter Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.

5.2 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beziehungsweise vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns begonnen wird.

5.3 Der Antragsteller erklärt, dass die dargestellte Finanzierung im Antragsjahr und im darauf folgenden Jahr Bestandteil der Finanzplanung ist und die für diesen Antrag relevanten Finanzierungsbestandteile in den Haushaltsplan der Gemeinde aufgenommen wurden bzw. werden.

5.4 Der Antragsteller erklärt, dass das geplante Kooperationskonzept auf der Grundlage der gemäß Nr. 2.4 benannten Planungen erfolgt und im notwendigen Umfang mit den für die Stadtentwicklung relevanten Fachbereichen, den Trägern der öffentlichen Belange, den Trägern der technischen und sozialen Infrastruktur, ggf. den Unternehmen der Wohnungswirtschaft und den sonst betroffenen Eigentümern sowie unter Beteiligung der Betroffenen abgestimmt wird und die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen werden.

5.5 Subventionserhebliche Tatsachen

Der beantragten Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des

Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i.V.m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und als Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar sind:

- Angaben zum Antragsteller und den beteiligten Partnern (Nr. 1.1 und 1.2)
- Angaben zur beantragten Maßnahme (Nrn. 2.1, 2.2 und 2.3)
- Angaben zu vorhandenen Planungen (Nr. 2.4)
- Angaben zu den eingereichten Unterlagen gemäß Nr. 4
- Erklärungen gemäß Nr. 5.1, 5.2, 5.3 und 5.4

Dem Antragsteller ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Dem Antragsteller sind weiterhin die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Antragsteller

Ort

Datum (TT.MM.JJJJ)

Dienstsiegel | Stempel | Unterschrift